

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 1. Juni 2006

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu Absprachen zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, und dem Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, zur Entlastung des Bundeshaushalts den Aussteuerungsbetrag von 10 000 auf 12 000 Euro anzuheben (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 30. Mai 2006)?
2. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Wie sieht die Bundesregierung das Risiko für weitere Haushaltsbelastungen durch den Zeitverzug, wenn weitere Nachbesserungsvorschläge bei schon jetzt erkannten Defiziten frühestens im Herbst vorgelegt werden sollen vor dem Hintergrund, dass die Haushaltsberatungen 2006 vor dem Abschluss stehen und für Hartz IV schon jetzt ein Haushaltsrisiko besteht und nur 24,4 Mrd. Euro im Haushalt eingestellt sind (Anhörung zum SGB-II-Fortentwicklungsgesetz vom 29. Mai 2006)?
3. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)

Welche Vorstellungen hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, wenn sie erklärt, dass das Hartz-IV-Gesetz einer „grundlegenden Überholung“ bedarf (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Mai 2006), und warum wird dieses Vorhaben angesichts des sich abzeichnenden Haushaltsrisikos nicht in das im Beratungsverfahren stehende SGB-II-Fortentwicklungsgesetz einbezogen, so dass die Maßnahmen noch 2006 haushaltswirksam werden können?
4. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)

Wo sieht die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, den Unterschied zwischen einer „Generalrevision“ und einer „grundlegenden Überholung“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Mai 2006)?

Berlin, den 31. Mai 2006

